



## **7. Newsletter Grüne Umwelt-, Bau-, Stadtentwicklungs-, Verkehrs-, Verbraucherschutz- und Energiepolitik, 13.12.2011**

---

### ***Atomtransporte über Bremische Häfen Ein Kommentar von Anne Schierenbeck***

Ich meine, dass wir jetzt in der Bürgerschaft ein gutes Stück vorangekommen sind, um zukünftig möglichst viele Atomtransporte über die Bremischen Häfen zu verhindern. Viele Atomtransporte werden seit Jahren über Bremische Häfen bewegt – und bewegen die Bremische Bürgerschaft in der vergangenen und aktuellen Legislaturperiode.

Die grüne Fraktion ist sich mit der SPD einig: Wir wollen die Atomtransporte über bremische Häfen verbieten, weil wir die Sicherheit der Bevölkerung bei Atomtransporten verbessern, den Export von Kernbrennstoffen so weit wie möglich verhindern und die Lösung der Atommüll-Problematik vorantreiben wollen.

Aus diesem Grund hat der Senat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Zur Erreichung dieser Ziele wird darin eine Änderung des Hafenbetriebsgesetzes vorgeschlagen. Der Transport von Kernbrennstoffen nach Atomgesetz würde damit, so die Gutachter, verboten werden können. Wir haben dieses Gesetz daher im November in der ersten Lesung in der Bürgerschaft beschlossen und an den Hafenausschuss und die Umweltdeputation zur Klärung von Detailfragen überwiesen.

Leider ist nämlich ausgerechnet Uranhexafluorid, ein giftiger Stoff und Grundstoff für angereichertes und den Export bestimmtes Uran, dadurch nicht erfasst. Wir finden es falsch, dass heute, wo in Deutschland noch acht Atomkraftwerke am Netz sind, in Gronau angereichertes Uran für ca. 24 AKWs hergestellt wird und diese Menge sogar noch gesteigert werden soll. Ein Großteil ist somit für den Export bestimmt. Und das, obwohl Deutschland den Atomausstieg beschlossen hat.

Genau um diesen Punkt geht es auch bei einer aktuellen Petition und einem Änderungsantrag zu unserem Gesetzentwurf. Der Vorschlag ist, den Begriff „Kernbrennstoffe“ durch „sonstige radioaktive Stoffe, die zur Herstellung von Kernbrennstoffen bestimmt sind“ zu erweitern. Auf Einladung des Hafenausschusses wurden daher zwei juristische Gutachter, die sich im Auftrag des Senats bzw. der Fraktion Die Linke schon mit dem Thema befasst hatten, befragt, ob eine solche Erweiterung möglich wäre. Das Ergebnis war für unser Anliegen negativ: „Sonstige radioaktive Stoffe“ wäre zu allgemein und daher wäre zu befürchten, dass unser Gesetz bei der ersten Klage wieder gekippt werden könnte.

Was also tun? Wir haben uns entschlossen, das Gesetz im Januar in der Bürgerschaft zu verabschieden und zwar in einer Fassung, die hoffentlich auch vor Gericht Bestand hat. Damit wollen wir einen Großteil – leider nicht alle – Atomtransporte über bremische Häfen verbieten.

Und: wir werden uns weiter auf allen Ebenen für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft einsetzen, wollen endlich eine ergebnisoffene Endlagersuche (ohne Gorleben) und auch, das finde ich persönlich ganz wichtig, uns einsetzen gegen den Export von aufbereitetem Uran aus Deutschland sowie die finanzielle oder technische Unterstützung von Neubauprojekten von Atomkraftwerken in Polen oder anderswo auf der Welt.

## Aktuelles

1. *Kennzeichnung von Legehennenhaltung bei Nudeln & Co.!* Die Grünen erwarten, dass Bremen eine Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz für eine erweiterte Kennzeichnungsregelung bei Eiern unterstützt. Bei allen Lebensmitteln in Fertigpackungen, die Eier oder Eiprodukte enthalten, sollen Angaben zur Haltungsart der Legehennen verpflichtend vorgeschrieben werden. Das gilt etwa für Nudeln und Backwaren. Dazu erklärt der Verbraucherschutzpolitische Sprecher Jan Saffe: „Viele VerbraucherInnen kaufen ganz bewusst keine Käfigeier. Diese Entscheidungsfreiheit muss auch für andere Lebensmittel gelten, die unter Verwendung von Eiern hergestellt werden. Die VerbraucherInnen müssen auch bei Kuchen oder Nudeln auf einen Blick erkennen können, aus welcher Haltungsform die Eier stammen. Mehr Kennzeichnung bedeutet mehr Wahlmöglichkeit und damit mehr Marktmacht der VerbraucherInnen. Die Haltungsform von Hühnern muss uns auch interessieren, wenn Eier Teigwaren beigemischt sind.“ Die vollständige Pressemitteilung findet sich hier:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/398/398955.kennzeichnung\\_von\\_legehennenhaltung\\_bei.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/398/398955.kennzeichnung_von_legehennenhaltung_bei.html)

2. *Große Anfrage Städtebauförderung!* Inzwischen liegt die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage zum Thema „Städtebauförderung erhalten, sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken“ vor. Ziel der Anfrage war es, die konkreten Konsequenzen für Bremen durch die Kürzungen der Bundesregierung in diesem Bereich einschätzen zu können. Die Antworten finden sich hier:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/397/397404.antw\\_grosse\\_anfrage\\_staedtebaufoerderung.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/397/397404.antw_grosse_anfrage_staedtebaufoerderung.pdf)

3. *Video-Interview mit Maike Schaefer!* Starkregen sorgte in diesem Sommer für zahlreiche vollgelaufene Keller in weiten Teilen Bremens (siehe auch unseren Newsletter vom 29. November diesen Jahres). Welche Maßnahmen wir gegen nasse Keller fordern, erläutert Maike Schaefer, umweltpolitische Sprecherin der Grünen, im Video-Interview:

[http://www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=CgVnNtegGY0](http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=CgVnNtegGY0)

4. In der Debatte um eine würdige Stelle zum Gedenken an Vicco von Bülow schlägt der Bürgerschaftsabgeordnete Hermann Kuhn die Umwidmung der Bürgermeister-Smidt-Brücke in Lorient-Brücke vor. „Diese schöne Brücke im Herzen Bremens verbindet die Stadt. Von dort aus kann man Lorient's ehemalige Wirkungsstätte Radio Bremen sehen. Nicht zuletzt könnte sich künftig das dort ansässige Museum Weserburg des wunderbaren Zeichners Lorient annehmen. Diese Brücke ist eines so großen Humoristen würdig“, betont der Lorient-Fan Hermann Kuhn.

Aufgrund einer Umwidmung dieser Brücke müsste kein Anlieger seine Adresse ändern. Die nahe gelegenen Gebäude sind anderen Straßen zugeordnet.

Die Lorient-würdige Kontroverse hat es sogar in die überregionale Presse geschafft:  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/bremer-posse-um-humoristen-ein-schoener-platz-fuer-lorient-1.1231390>

5. *Nachlese: Was kann Bremen von Kopenhagen lernen?* Unter dieser Frage stand die grüne Veranstaltung am 5. Dezember, auf der Ralph Saxe und Carsten Werner mit dem Bremer Autor Johann-Günther König diskutierten, der lange Zeit in Kopenhagen lebte und das Buch „Die Autokrise“ (2009) schrieb.

König berichtete von der verkehrspolitischen Entwicklung in Kopenhagen, die er als Vorbild für einen neuen Umgang mit Mobilität in Bremen sieht. In Kopenhagen wurden viele städtische Verkehrsprobleme durch eine Verlagerung von Fahrten mit dem Auto auf den Radverkehr gelöst. Mit dem Bau von breiten Fahrradtrassen versucht die Stadt das Ziel zu erreichen, dass mindestens die Hälfte der Fahrten aller Kopenhagenerinnen und Kopenhagener mit dem Rad zurückgelegt wird.

Diese Entwicklung führt auch zu einer neuen Belebung von Straßen und Plätzen, die im Einklang mit der integrativen Stadtentwicklung Kopenhagens steht. Durch die Erprobung neuer Städtebau-, Architektur- und Wohnkonzepte in verschiedenen Stadtteilen Kopenhagens werden neben baulichen Veränderungen auch mehr Partizipation und ein sozialer und wirtschaftlicher Wandel gefördert.

### **Bürgerschaft, Deputationen & Senat**

1. *Unibad: Grüne fordern Installation von Zählern!* Wie hoch ist der Energieverbrauch des Unibades? Das wollten die Grünen in Erfahrung bringen. Aus einem Bericht für die Umweltdeputation letzte Woche geht hervor, dass weder die genaue Höhe des Energieverbrauchs noch die Höhe der Betriebskosten bekannt sind. Dazu erklärt die energiepolitische Sprecherin der Grünen, Anne Schierenbeck: „Die Daten zum Energieverbrauch des Unibades sind ungenau und sehr wahrscheinlich zu niedrig angesetzt. Erfasst wird gegenwärtig der Energieverbrauch des gesamten Gebäudekomplexes bestehend aus Sportturm, Sporthallen und Schwimmbad. Der Energieverbrauch des Schwimmbades wird bisher lediglich mit einem Faktor abgeschätzt. Ich halte es deshalb für dringend erforderlich, dass zusätzliche Zähler installiert werden. Das ist eine Voraussetzung, um die genauen Sanierungsmaßnahmen bestimmen zu können. Ein Teil der Unibad-Sanierung könnte nach Ansicht der Grünen über ein sogenanntes Energiespar-Contracting

finanziert werden. Auch hierfür ist der Energieverbrauch vor einer Sanierung der entscheidende Faktor zur Berechnung der Einsparungen und der Wirtschaftlichkeit. Alle Seiten brauchen jetzt verlässliche Zahlen.“ Zur Pressemitteilung führt folgender Link:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/398/398740.unibad\\_gruene\\_fordern\\_installation\\_von\\_z.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/398/398740.unibad_gruene_fordern_installation_von_z.html)

## 2. *Kleine Anfrage: Entsorgung von Filterstäuben aus Müllverbrennungsanlagen!*

In Müllverbrennungsanlagen wird Hausmüll verfeuert. Die Abgase werden gefiltert, die Filterstäube enthalten hochgiftige Schadstoffe, u.a. giftige Schwermetalle. Sie sind daher als gefährliche Abfälle zu betrachten und entsprechend zu entsorgen. Laut einer Studie der Deutschen Umwelthilfe hingegen werden in Sachsen-Anhalt sogenannte verfestigte und stabilisierende Abfälle aus Filterstäuben als Deponieabdichtungen verwendet. Verfestigte Abfälle sind aber als Material für die Deponiesanierung umstritten. Sie bestehen aus Filteraschen von Müllverbrennungsanlagen. Dieser Sondermüll wird mit anderen Stoffen in ein betonähnliches Gemisch verwandelt und gilt als nicht mehr gefährlich. Allerdings gibt es bisher keine Erkenntnisse darüber, wie sich diese Stoffe langfristig in der Umwelt verhalten und ob mit dieser Praxis Altlasten von morgen geschaffen werden. Nach Ansicht von Wissenschaftlern besteht die Gefahr, dass aus dem Material Giftstoffe herausgewaschen werden können. Aus diesem Grund haben wir eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet. Die Fragen im Detail finden sich hier:

[http://www.bremische-buergerschaft.de/drs\\_abo/KIA-2011-12-06\\_Filterstaube\\_aus\\_Muellverbrennungsanlagen\\_834.pdf](http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/KIA-2011-12-06_Filterstaube_aus_Muellverbrennungsanlagen_834.pdf)

## Termine

1. *LAG Umwelt!* Die nächste Sitzung der LAG findet am 17. Januar 2012 um 19.30 Uhr, Raum 2, 2. Etage, Schlachte 19/20 statt. Thema wird zum einen die faire und ökologische Beschaffung in Bremen sein, zum anderen wird es einen Sachstand zur BUND-Klage gegen die Weservertiefung geben.

## AnsprechpartnerInnen für Nachfragen



Maike Schaefer, umwelt- und naturschutzpolitische Sprecherin  
[maike.schaefer@gruene-bremen.de](mailto:maike.schaefer@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-246)



Anne Schierenbeck, energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin  
[anne.schierenbeck@gruene-bremen.de](mailto:anne.schierenbeck@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-167)



Ralph Saxe, verkehrspolitischer Sprecher  
[ralph.saxe@gruene-bremen.de](mailto:ralph.saxe@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-160)

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)



Carsten Werner, bau- und stadtentwicklungspolitischer Sprecher  
[carsten.werner@gruene-bremen.de](mailto:carsten.werner@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-154)



Jan Saffe, verbraucherschutzpolitischer Sprecher  
[jan.saffe@gruene-bremen.de](mailto:jan.saffe@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-243)



René Zimmermann, Referent für Stadtentwicklung, Verbraucherschutz,  
Bürgerbeteiligung  
[rene.zimmermann@gruene-bremen.de](mailto:rene.zimmermann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-242)

Christina Müller, Referentin für Umwelt, Energie, Verkehr  
[christina.mueller@gruene-bremen.de](mailto:christina.mueller@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-234)

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:  
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/umwelt.bremen>

*Hinweis: Für Inhalte externer Links und Publikationen wird keine Haftung  
übernommen!*